

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wesenspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.80 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postkonten:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72204

Inseratenpreise: Die 10 gelb. Kolonelle 25 Wfg., bei Platzvorrat 40 Wfg. Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Wfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 gelb. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 M. Inzerate v. ausw. : die 10 gelb. Kolonelle 40 Wfg. bei Platzvorrat 50 Wfg. Reklameseite 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Alarm!

Drohende Erhöhung der Mieten

Von Richard Lipinski.

Seit Monaten werden die Mieter und ihre Organisationen durch drohende Mieterhöhungen für Altmietwohnungen beunruhigt, ohne daß greifbare Unterlagen zu erlangen sind. Jetzt wird aber bekannt, daß der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder die Absicht hat, die Altmieten ab 1930 in drei Jahren um je 10 v. H. der Friedensmieten, also auf 150 v. H. der Friedensmiete zu erhöhen. Eine solche Maßnahme für Preußen, die eine Erhöhung der Mieten um mindestens 1 Milliarde Reichsmark bedeuten würde, hätte natürlich eine starke Rückwirkung auf andere Länder und würde eine allgemeine Steigerung der Altmieten nach sich ziehen. Deshalb ist das keine preussische, sondern eine Reichsangelegenheit. Hirtfelder ist schon einmal, sehr zum Nachteil der Gewerberaummieter, rigoros vorgegangen, indem er den Mieterschutz für gewerbliche Räume am 13. Oktober 1927 aufhob und dadurch bewirkte, daß die Gewerberaummieter teilweise um einige hundert Prozent der Friedensmiete, im Durchschnitt um mindestens 25 v. H. der Friedensmiete, gesteigert wurden, wodurch viele kleine Ladenbesitzer aus ihren Läden verdrängt und um ihre mühsam aufgebaute Existenz gebracht wurden. Er rechtfertigte damals sein Vorgehen damit, daß kein Bedürfnis für den Mieterschutz mehr bestünde und der Leerstand von gewerblichen Räumen sich vermehrt habe. Selbst wenn letzteres im einzelnen richtig wäre, so traf es für die Allgemeinheit nicht zu. Seine Maßnahme hat im Handel den Ausscheidungsprozeß kleiner Existenzen beschleunigt und ist den großkapitalistischen Unternehmen und den Großhausbesitzern zugute gekommen.

Auf dem Wohnungsmarkt besteht für kleine und mittlere Wohnungen kein Ueberfluß. Im Gegenteil, die Wohnungsnot ist so groß, daß es kaum möglich sein wird, sie in zehn Jahren zu beseitigen.

Hirtfelder stützt sein Vorgehen auf § 3 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken. Dort heißt es: „Die Reichsregierung setzt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindestsätze der geschätzten Miete im Falle einheitlich fest.“ Weiter wurde in denselben Paragraphen vorgeschrieben, daß die Mieten bis zum 31. März 1927 100 v. H. der Friedensmiete nicht überschreiten dürfen. Ohne Gehör des Reichstags oder seines Wohnungsausschusses wurden die Mieten 1927 zweimal um je 10 Prozent erhöht, was einen Mehraufwand der Altmietmieter um 1 Milliarde Reichsmark bedeutete.

In dem Augenblicke, wo die Wirtschaftskrise und die bürgerlichen Parteien im Reich von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen raffigierig die erwarteten Ersparnisse des Youngplans sich dienlich machen wollen, um die ganze Reparationslast der Arbeiterklasse aufzubürden, kommt Hirtfelder mit der Mieterhöhung und setzt sich damit in direkten Widerspruch zur Reichsregierung und den Reichstag.

In der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums (Brauns) vom 1927 wurde bereits die Auffassung vertreten, daß die Altmieten den Neubaumietern angepaßt werden müßten. Als Grenze wurde die Steigerung der Altmieten auf 150 v. H. der Friedensmiete angegeben und das Verlangen damit begründet, daß bei Lohnverhandlungen die Altmieten als Grundlage genommen würden und damit die Neubaumietern mit ihren höheren Mieten geschädigt würden.

Mit Recht lehnte der Wohnungsausschuß des Reichstags und der Reichstag durch die Richtlinien für den Wohnungsbau diesen Gedanken ab. Schon in der Vorlage hatte das Reichsarbeitsministerium (Wissell) den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und eine Anpassung der Neubaumieten an die Mieten der Altmietwohnungen gefordert.

Der Hinweis auf die Lohnsätze war nur der Vorwand, denn die Neubaumietern betragen 1927 noch nicht 10 v. H. aller Mieten. Wir hatten am 1. Januar 1929

15 300 000 Altmietwohnungen = 88,8 v. H.
1 648 000 Neubaumietwohnungen = 11,2 v. H.

Die Mieterhöhungen von 1927 wurden mit dem Hinweis begründet, daß dann die Löhne und Gehälter erhöht werden müßten. Für die Beamten des Reichs, der Länder und Gemeinden brachte die 1928 vorgenommene Erhöhung der Gehälter ein Mehr von 1 1/2 Milliarden Reichsmark. Ob es der Arbeiterschaft allenthalben gelungen ist, die Mieterhöhungen durch höhere Löhne auszugleichen, ist noch nicht endgültig ausgemessen. Volkswirtschaftlich untragbar ist es, zugunsten einer kleinen Schicht die Mieten zu erhöhen, um dadurch den doppelten oder dreifachen Mehraufwand an Löhnen und Gehältern, damit eine Steigerung der Produktionskosten herbeizuführen und auf der anderen Seite eine Senkung der Real- und Besitzsteuern zu erstreben, um die Produktion zu steigern und die Neubildung von Kapital zu fördern.

Das Schlimme des Hirtfelderschen Vorgehens ist aber, daß er die Mehreinnahmen aus den Mieten zur Deckung von Verwertungsausgaben verwenden will.

Nach § 1 Absatz 3 des Geldentwertungsausgleichsgesetzes für bebauten Grundstücke ist dem hegrevzt ein Kiegel vorge-

Landtagswahlen in Thüringen

Bürgerliche Mehrheit — Starkes Anwachsen der Hakenkreuzler

18 Mandate für die Sozialdemokratie

SPD Weimar, 9. Dezember.

Die Landtagswahlen sind ohne große Verschleudungen in Bezug auf den bisherigen Bestand der Parteien abgeschlossen worden. Das Ergebnis wird charakterisiert durch Verluste der Deutschnationalen Partei und der linken Kommunisten. Die Erbschaft der Deutschnationalen tritt, wie überall bei den Wahlen der letzten Zeit, die Nationalsozialistische Partei an.

Abgegeben wurden insgesamt 798 000 Stimmen, das entspricht 80 Prozent der Wählerkraft. Es wurden abgegeben

	8. Dezember 1929	Landtagswahlen 1927	Veränderung 1928	
Sozialdemokraten	257 352	254 042	288 787	18 (18)
Kommunisten	85 120	113 295	105 520	6 (8)
Landbund	131 888		124 429	9
Deutsche Volkspartei	70 413		91 268	5
Deutschnationale	31 618	270 568	44 237	3 (19)
Zentrum	9 632		8 788	—
Wirtschaftspartei	76 273	75 690	63 491	6 (6)
Nationalsozialisten	90 236	27 940	30 367	6 (2)
Demokraten	23 528	26 832	31 205	1 (2)
Sparzer	9 626	22 077	13 710	0 (1)
Kommunistische Opposition	12 157		—	1 (0)

Das Ergebnis zeigt, daß sich die Sozialdemokratie im großen und ganzen gehalten hat. Volkstagsparlamentarisch sind in Thüringen vorerst keine Veränderungen zu erwarten.

Einzelergebnisse

Apotheln (Stadt): Sozialdemokraten 5499 (3697), Landvolk 76, Kommunisten 958 (1005), Deutsche Volkspartei 1340, Wirtschaftspartei 1518 (1695), Deutschnationale 831, Nationalsozialisten 3026 (3033), Demokraten 332 (402), Volkspartei 145 (469), Kommunistische Opposition 37, Zentrum 178. (Listen 2, 4, 6 und 11 bilden bei der vorigen Wahl Einheitslisten und erhielten 4411 Stimmen.)

Eisenach (Stadt): Sozialdemokraten 6539 (7759), Landvolk 171, Kommunisten 2708 (2440), Deutsche Volkspartei 2507, Wirtschaftspartei 1324 (1483), Deutschnationale 1486, Nationalsozialisten 3712 (692), Demokraten 2108 (2362), Volkspartei 202 (842), Kommunistische Opposition 150, Zentrum 371. (Listen 2, 4, 6 und 11 bisher 6449 Stimmen.)

Eisenach (Land): Sozialdemokraten 14 080 (13 757), Landbund christl.-nat. 10 781, Kommunisten 2704 (5871), Deutsche Volkspartei 2025, Wirtschaftspartei 2862 (3327), Deutschnationale 677, Nationalsozialisten 2297 (1165), Demokraten 1287 (1416), Volkspartei 93 (639), Kommunistische Opposition 2305, Zentrum 4190.

Gera: Sozialdemokraten 22 508 (21 793), Landvolk 780, Kommunisten 3250 (4674), Deutsche Volkspartei 10 730, Wirtschaftspartei 4777 (3891), Deutschnationale 1534, Nationalsozialisten 4557 (958), Demokraten 604, Volkspartei 554 (1879), Kommunistische Opposition 746, Zentrum 387. (Listen 2, 4, 6 und 11 bisher 15 267.)

Gera (Land): Sozialdemokraten 20 298 (17 942), Landbund christl.-nat. 11 980, Kommunisten 2884 (3293), Deutsche Volkspartei 4852, Wirtschaftspartei 3201 (3607), Deutschnationale 1013, Nationalsozialisten 2443 (983), Demokraten 1034 (353), Volkspartei 758 (850), Kommunistische Opposition 224, Zentrum 257.

Stadt Weimar: SPD 5853 (5981), Landvolkpartei 2317 (—), Kommunisten 1018 (2395), DVV 3329 (—), WPD 1925 (1838), DVV 1595 (—), Nat.-Soj. 5416 (1359), Demokraten 870 (875), Volkspartei 1278 (2035), Kommunistische Opposition 697 (—), Zentrum 487 (—).

Weimar (Land): Sozialdemokraten 7832 (8098), Landbund christl.-nat. 17 055, Kommunisten 3141 (4332), Deutsche Volkspartei 1428, Wirtschaftspartei 2911 (5510), Deutschnationale 914, Nationalsozialisten 8225 (2814), Demokraten 576 (723), Volkspartei 486 (1540), Kommunistische Opposition 414, Zentrum 131.

Stadt Gotha: SPD 1947 (2562), Landvolkpartei 407 (—), Kommunisten 3279 (7609), D. V. 3220 (—), WPD 1837 (1328), DVV 2508 (—), Nat.-Soj. 5193 (1359), Demokraten 931 (875), Volkspartei 344 (915), Kommunistische Opposition 383 (—), Zentrum 372 (—).

Gotha (Land): Sozialdemokraten 3972 (4094), Landbund christl.-nat. 5473, Kommunisten 11 999 (14 429), Deutsche Volkspartei

Es heißt dort: „Erhöht sich die Miete über die Friedensmiete hinaus, so darf von dem Mehrertrag der Miete höchstens ein Fünftel für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden.“ Immerhin würde das für den preussischen Etat jährlich 200 Millionen Reichsmark ausmachen. Der Finanzausgleich der Länder und Gemeinden und damit das erwähnte Gesetz liegt dem Reichstag zur Neuordnung vor. Es besteht die Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit die Gelegenheit benutzt, um noch mehr Steuererleichterungen für den Besitz auf Kosten der Mieter, der Arbeiterklasse, herauszuschlagen.

Der Weg, die Altmieten zu erhöhen, ist volkswirtschaftlich falsch. Die Neubaumietern sind trotz Hauszinssteuerzuschuß so hoch, weil die Zinsen für das Reiskapital doppelt so hoch sind als in der Vorkriegszeit. Damals wurden für erste Hypotheken 4 bis 4 1/2 Prozent, für zweite 5 bis 6 Prozent verlangt. Heute stehen die Sätze auf 8 bis 9, und 10,5 bis 12 Prozent. Schon

partei 2982, Wirtschaftspartei 4577 (4769), Deutschnationale 2293, Nationalsozialisten 4715 (2832), Demokraten 515 (732), Volkspartei 232 (884), Kommunistische Opposition 665, Zentrum 130, Hausbesitzer (—).

Jena: SPD 9 797 (9434), Landvolk 408 (—), SPD 3699 (4984), DVV 4808 (—), Wirtschaftspartei 2597 (2200), DVV 1620 (—), Nat.-Soj. 2559 (788), Demokraten 3482 (2900), Volkspartei 257 (586), Kommunistische Opposition 475 (—), Zentrum 525 (—).

Iltenburg (Stadt): Sozialdemokraten 13 572 (12 351), Landbund christl.-nat. 205, Kommunisten 843 (1195), Deutsche Volkspartei 4266, Wirtschaftspartei 2152 (1959), Deutschnationale 1325, Nationalsozialisten 2006 (519), Demokraten 848 (858), Volkspartei 528 (850), Kommunistische Opposition 102, Zentrum 170.

Iltenburg (Land): Sozialdemokraten 25 144 (23 355), Landbund christl.-nat. 5063, Kommunisten 3440 (5607), Deutsche Volkspartei 1812, Wirtschaftspartei 5940 (6721), Deutschnationale 1955, Nationalsozialisten 2576 (525), Demokraten 1608 (1510), Volkspartei 999 (1442), Kommunistische Opposition 474 (274), Zentrum 428.

Arnstadt (Land): Sozialdemokraten 13 810 (13 775), Landbund christl.-nat. 7077, Kommunisten 8438 (9481), Deutsche Volkspartei 2789, Wirtschaftspartei 6498 (3643), Deutschnationale 1472, Nationalsozialisten 3274 (1910), Demokraten 808 (684), Volkspartei 208 (571), Kommunistische Opposition 1033, Zentrum 145.

Baditz (Stadt): Sozialdemokraten 8196 (8127), Landbund christl.-nat. 625, Kommunisten 1385 (2653), Deutsche Volkspartei 3283, Wirtschaftspartei 2704 (3114), Deutschnationale 2444, Nationalsozialisten 2370 (687), Demokraten 452 (382), Volkspartei 761 (1475), Kommunistische Opposition 779, Zentrum 132.

Greiz (Land): Sozialdemokraten 10 516 (10 026), Landbund christl.-nat. 5724, Kommunisten 2355 (2922), Deutsche Volkspartei 1996, Wirtschaftspartei 4253 (3607), Deutschnationale 769, Nationalsozialisten 2264 (983), Demokraten 288 (353), Volkspartei 250 (850), Kommunistische Opposition 251, Zentrum 67.

Silbberghausen (Stadt und Land): Sozialdemokraten 5914 (4834), Landbund christl.-nat. 3310, Kommunisten 1804 (3622), Deutsche Volkspartei 1016, Wirtschaftspartei 908 (1144), Deutschnationale 833, Nationalsozialisten 6907 (1974), Demokraten 657 (819), Volkspartei 90 (148), Kommunistische Opposition 213, Zentrum 371.

Meiningen (Stadt und Land): Sozialdemokraten 12 388 (12 278), Landbund christl.-nat. 7286 (—), Kommunisten 3336 (4968), Deutsche Volkspartei 3454 (—), Wirtschaftspartei 2728 (2600), Deutschnationale 1226 (—), Nationalsozialisten 3722 (1977), Demokraten 1637 (914), Volkspartei 456 (776), Kommunistische Opposition 468 (—), Zentrum 300 (—).

Neuseelitz: Sozialdemokraten 2990, Landbund christl.-nat. 93, Kommunisten 981, Deutsche Volkspartei 235, Wirtschaftspartei 777, Deutschnationale 222, Nationalsozialisten 275, Demokraten 486, Volkspartei 265, Kommunistische Opposition 51, Zentrum 44.

Saalfeld (Stadt und Land): Sozialdemokraten 14 474 (14 910), Landbund christl.-nat. 5531, Kommunisten 3524 (4132), Deutsche Volkspartei 3670, Wirtschaftspartei 3490 (3680), Deutschnationale 984, Nationalsozialisten 4078 (2257), Demokraten 762 (826), Volkspartei 307 (975), Kommunistische Opposition 106, Zentrum 148.

Sonneberg (Stadt und Land): Sozialdemokraten 12 678 (13 919), Landbund christl.-nat. 1945, Kommunisten 6554 (9050), Deutsche Volkspartei 2209, Wirtschaftspartei 1403 (1632), Deutschnationale 549, Nationalsozialisten 7954 (1079), Demokraten 1341 (3834), Volkspartei 237 (608), Kommunistische Opposition 1548, Zentrum 164.

Sondershausen (Stadt und Land): Sozialdemokraten 8861 (9174), Christl.-nat. Bauern- und Landvolkpartei (Landbund) 8331, Kommunisten 2840 (4074), Deutsche Volkspartei 2082, Wirtschaftspartei 2322 (2830), Deutschnationale 1540, Nationalsozialisten 1845 (1023), Demokraten 740 (353), Volkspartei 198 (850), Kommunistische Opposition 296, Zentrum 103.

Stadtroda (Landkreis Jena): Sozialdemokraten 12 197 (12 132), Landbund christl.-nat. 11270, Kommunisten 3222 (3603), Deutsche Volkspartei 1875, Wirtschaftspartei 5616 (5973), Deutschnationale 1040, Nationalsozialisten 1934 (806), Demokraten 1316 (1459), Volkspartei 349 (783), Kommunistische Opposition 181, Zentrum 88.

daraus ergeben sich glatt die doppelt hohen Baukosten und Mieten. Die Zinshöhe ist bedingt durch die Kapitalknappheit. Muß dieser hohe Zinssatz dauernd sein? Erste Schritte zur Senkung sind bereits erfolgt. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß in absehbarer Zeit, der Zinssatz und damit die Baukosten und Mieten gesenkt werden. Die Beleihungsgrenze für erste Hypotheken ist bei Neubauten auf 40 v. H., gegen 60 v. H. der Altbauten gesenkt worden. Damit gibt man zu erkennen, daß die Kapitalanlage für Neubauten um 50 v. H. zu hoch ist und gesenkt werden muß. Die Erhöhung der Altmieten würde diesen Prozeß aufhalten, und die Gefahr heraufbeschwören, den Zinssatz der Hypotheken zu steigern, die gesteigerten Sätze zu stabilisieren und den Abbau der hohen Hypothekenzinsen zu verhindern.

Hirtfelder scheint bei seinem Vorhaben von zwei Voraussetzungen auszugehen. Nach dem Aufwertungsgesetz für Hypotheken vom 16. Juni